

JOSEF SCHMID

Die Wanderungsproblematik in Europa aus demographischer, wirtschaftlicher und sozialer Sicht unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands

Kurzfassung

Die Bevölkerung des europäischen Wirtschaftsraumes (EG + EFTA) umschließt heute 380 Mio. Menschen. Die Bevölkerungen der Einzelstaaten stehen unter einheitlichen Trends: Die demographischen Indikatoren Westeuropas deuten alle auf Alterung und allmähliche Bevölkerungsabnahme. Fast sämtliche Bevölkerungen des Wirtschaftsraumes weisen – gemessen am Niveau des Generationenersatzes – Geborenendefizite auf, die die Alterung durch das anteilmäßige Anwachsen der Menschen im Pensionsalter verstärken. Eine von EUROSTAT (1991) vorgenommene Vorausberechnung unterstellt eine jährliche Nettoeinwanderung in die Europäische Gemeinschaft, die 345,1 Mio. Menschen umfaßt, von 250 000 Menschen. Danach würde die EG-Bevölkerung um das Jahr 2000 mit 350,8 Mio. ihren Höhepunkt erreichen und bis zum Jahre 2020 hin auf 338,2 Mio. absinken.

Ein wichtiger Beobachtungspunkt sind die jeweiligen Ausländeranteile in den einzelnen Staaten und schließlich die Wanderungspotentiale, die sich vor den Toren Westeuropas aufbauen. 1989 zählte die EG 13,4 Mio. Ausländer, von denen jedoch 5,1 Mio. EG-Bürger eines jeweils anderen Mitgliedstaates waren.

Der Eintritt nur noch geburtenschwacher Jahrgänge in die Erwerbsbevölkerung verringert sie insgesamt und erhöht ihre Durchschnittsalter. Neben Technologisierung der Produktion, Höherqualifizierung der schrumpfenden Jugendjahrgänge und Erhöhung des Frauenanteils im Erwerbsleben ist vor allem Einwanderung ein Mittel, Arbeitsmarktlücken zu schließen. Die Auffüllung der Bevölkerungsrückgänge mit außereuropäischen Wanderern ist unvorstellbar, und das gezielte Einwerben von Arbeitskraft hat gesetzliche Voraussetzungen, die für die Europäische Gemeinschaft und Deutschland selbst noch nicht existieren.

Einleitung

Die Wanderungsproblematik im künftigen Europa wird zu den herausragenden Politikfeldern der Zukunft gehören, auch wenn der Stil gegenwärtiger Politik viel Zaghaftheit und Unschlüssigkeit ihr gegenüber zeigt. Die Debatte um die Änderung des Asylrechts, in der nur wenige Kräfte sich mit klaren Aussagen hervorwagen, zeigt einmal mehr, wie eingefahrene Geleise der Zeit vor 1989 eine Umorientierung und Einstellung auf neue weltpolitische Gegebenheiten erschweren.

Folgende Bereiche sind hier von Belang: die Bevölkerungssituation Westeuropas, die vor den Toren Europas sich aufbauenden Wanderungspotentiale und die Einwanderungsfrage. Sie sollen hier in einen Zusammenhang gestellt werden.

I. Die demographischen Verhältnisse in der Europäischen Gemeinschaft

1. Die Bevölkerung des Europäischen Wirtschaftsraumes

Die Europäische Gemeinschaft, das "Europa der Zwölf" ist zum festen Begriff in der Weltpolitik und auch in der internationalen Statistik geworden. Alle wichtigen Zahlen zur Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sind bereits für diese Einheit verfügbar. Über dieses "Europa der Zwölf" hinaus hat sich ein sog. Europäischer Wirtschaftsraum konstituiert, der die eigentliche westeuropäische Realität darstellt. Es ist der vertragliche Zusammenschluß von EG-Staaten und den sieben Staaten der Freihandelszone EFTA, der mit der jüngst erfolgten Ratifizierung durch den EFTA-Staat Norwegen geographisch abgerundet erscheint. Die Irritation um den politischen Fortgang der EG, den das dänische negative Votum zum Vertrag von Maastricht ausgelöst hat und das schwache "Ja" zu diesem Vertrag des französischen Referendums, haben insgesamt zu einem Überdenken des europäischen Einigungsprozesses geführt und den Wirtschaftsraum an sich aufgewertet. Der Wirtschaftsraum umschließt also das prosperierende Westeuropa mit 380 Mio. Menschen. Er wird angesichts der gravierenden Entwicklungsdifferenzen gegenüber dem Osten und gegenüber der südlichen Hemisphäre, der dritten Welt, seinen Rang behalten.

Die eigentlich handelnde Einheit jedoch ist die Europäische Gemeinschaft. Von ihr gehen die Hauptimpulse innen- und außenpolitischer Wirtschaftsgestaltung aus. Die folgenden Ausführungen werden sich auf die EG beziehen und die natürliche Bevölkerungsbewegung (biosoziale Entwicklung), die Entwicklung der Altersstruktur und die Ausländeranteile der EG-Staaten zum Inhalt haben.

2. Biosoziale Entwicklung der EG

Das "Europa der 12" umfaßt 345,1 Mio. Menschen, das sind 92 % des genannten westeuropäischen Wirtschaftsraumes. Osteuropa mit seinen 155 Mio. hat Modernisierungsprobleme, liegt noch auf einem anderen Lebensniveau und gilt unter Wanderungsgesichtspunkten als Herkunftsregion (sending countries). Die Altersstruktur der EG, das Verhält-

- nis von Jugend, Erwerbsalter und Rentenalter zeigt folgendes Bild:

 - 18,3 % unter 15 Jahren gegenüber 40 % in Entwicklungsländern;
- 67,3 % zwischen 15–64 Jahren gegenüber 56 % in Entwicklungsländern;
 - 14,3 % 65 Jahre und darüber gegenüber 4 % in den Entwicklungsländern.

Tabelle 1:
Entwicklung der Altersstruktur in der EG 12 (in Tsd.)

Jahr	Männer + Frauen Altersgruppen						Insges.
	0 – 14	15 – 24	25 – 49	50 – 64	65 – 74	75 +	
1990	62 956	51 539	120 633	58 173	27 190	22 434	342 925
1995	61 336	45 799	126 729	58 366	31 220	21 752	345 202
2000	59 663	42 507	126 934	61 069	31 452	23 935	345 560
2005	57 148	40 997	124 443	62 979	32 324	25 609	343 499
2010	53 456	40 182	119 753	66 924	32 325	26 629	339 269
2015	49 856	39 231	111 985	70 805	33 873	27 615	333 365
2020	47 373	36 830	104 819	73 747	35 991	27 553	326 314
2025	45 685	34 003	99 986	72 236	37 303	29 006	318 221
2030	44 019	31 972	96 036	66 311	40 332	30 155	308 826

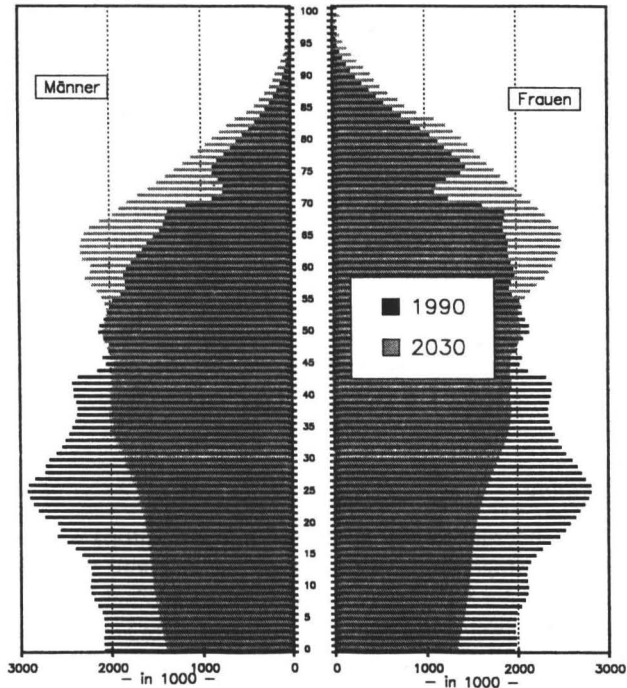
Die EG-Alterspyramide steht – dank Frankreich und Großbritannien – nicht auf so schwachen Jugendbeinen wie die deutsche. Die Stärke der Jugendjahrgänge bis 10 Jahre entspricht derjenigen zwischen 45 und 50 Jahren (1).

Die Angehörigen des “Baby-Boom-Bauches” – bis Ende der 60er Jahre geboren – rückten zur Lebensmitte vor und befinden sich schon zur Gänze in der Erwerbsbevölkerung. Allerdings hätten bei gleichbleibendem generativen Verhalten die damals so zahlreich geborenen Mädchen jetzt, ca. 25 Jahre später, wiederum einen Babyboom, einen “Echo-Effekt”, hervorbringen müssen, der jedoch ausblieb. – Ein Hinweis, daß Europa einen weiteren Geburtenrückgang, ja ein Geborenendefizit verzeichnet, das inzwischen auch nach Südeuropa “exportiert” wird, wie der Fall Italien und neuerdings Spanien und Griechenland zeigen.

“Defizit” bedeutet, daß sich ein Geburtenniveau deutlich unter dem Niveau des Generationenersatzes, das sind zwei Kinder pro Familie, einspielt und Alterung und Bevölkerungsrückgang mit sich bringt. Da die Kinder des Babybooms in ihren Ehen mit 1,4 Kindern im Durchschnitt vom generativen Verhalten ihrer Eltern deutlich Abstand nehmen, ist eine nochmalige Verjüngung der aktiven Bevölkerung zwischen 20 und 60 Jahren nicht mehr zu erwarten. Mittlerweile rücken die “geburtenschwachen” Jahrgänge der 70er Jahre in das Erwerbspotential ein, verdünnen es und lassen auch dieses altern.

Diese Tatsache gibt nun Anlaß zu vielerlei Überlegungen über die Zukunft Westeuropas: Bevölkerungsprojektionen für Europa insgesamt wurden regelmäßig von den Vereinten Nationen und erstmalig vom Statistischen Amt der EG (EUROSTAT/Luxemburg) erstellt.

Abbildung 1:
*Europäische Gemeinschaft (EG 12)
1990 und 2030 (Status-quo-Szenario)*



Quelle: EUROSTAT 1991; eigene Berechnung

Nach der *jüngsten UN-Projektion* (1991) erreicht die EG-Bevölkerung von derzeit 344 Mio. um 2005 mit ca. 350 Mio. (exakt 334,2 Mio. ohne ehemalige DDR) ihren Höhepunkt und fällt dann stetig ab (2). (Ohne Berücksichtigung der Bevölkerung der ehemaligen DDR würde die EG-Bevölkerung unterhalb der des Jahres 1989 (327,0 Mio.) liegen, nämlich bei 324,5 Mio. im Jahre 2020. Die Einbeziehung Ostdeutschlands würde wegen des dortigen Geburtenabsturzes seit 1990 das Bild nicht wesentlich verändern.)

EUROSTAT (1991) hat in einer Projektionsvariante

- ein Absinken der Geburten bis zu 2/3 des Generationen-ersatzes (TFR 1,5) angenommen;
- einen Stillstand der Lebenserwartung nach dem Jahr 2000 und
- eine jährliche Netto-Einwanderung von 250 000 Men-schen (3).

Diese als “Niedrig-Szenario” ausgegebene Variante ent-spricht bezüglich der Geburtenbewegung deutschen Erfah-rungen, die Einwanderung in die EG scheint zu niedrig angesetzt; die Variante ist Makulatur, wenn Deutschland nicht aus Eigenem Gesetzesänderungen vornimmt oder dazu gezwungen wird, den Menschenzustrom abzubrem-sen. Nach dieser Variante erreicht die EG-Bevölkerung schon um das Jahr 2000 mit 350,8 Mio. ihren Höhepunkt und sinkt bis 2020 auf 338,2 Mio. ab. Das bedeutet einen Bevölkerungsverlust von der Größe der Niederlande in nur 20 Jahren.

3. *Aktive Jahrgänge, Jugendschwund und Erwerbs-beteiligung*

Zur Abschätzung der ökonomischen und sozialen Zukunft Europas ist das Verhältnis von abhängigen Jahrgängen (der Jugend und des Alters) zur aktiven Bevölkerung (zur Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter) wichtig. Inzwischen kommen die geburtschwachen 70er Jahrgänge im Er-werbsalter an (die Amerikaner sprechen vom “Baby-Bust”) und lassen das Erwerbspotential demographisch altern und mittelfristig schrumpfen. Die Jugend im Berufseintrittsalter zwischen 15 und 24 Jahren schwindet im deutlichen Rhythmus: von 51,5 Mio. noch im Jahr 1990 auf 45,8 Mio. 1995 und auf 42,5 Mio. bis 2000 – ein Rückgang um 9,0 Mio. oder um 20 % in nur 10 Jahren. Dramatisch zeigt sich der Jugendschwund in einer Projektion bis zum Jahre 2030, wo nur noch 31,9 Mio. Jugendliche im Ausbildungsalter vorhanden sind und nur mehr 10 % der Gesamtbevölkerung ausmachen gegenüber 15 % im Jahre 1990 (4).

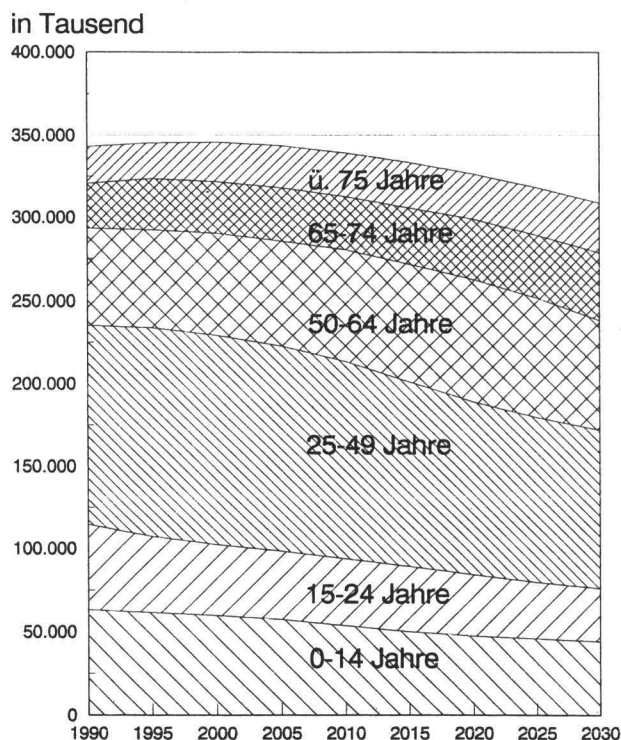
Das bedeutet, daß in den 90er Jahren weniger ins Erwerbsalter kommen. Die wichtigen Jahrgänge 20–24 Jahre weisen wegen des fortgesetzten Wachstums der europäischen Bevölkerung bis 2000 ebenfalls noch eine gewisse Konstanz bis zum Jahre 2020 auf, sinken dann aber unweigerlich ab.

Die 20–39jährigen, die Träger von Innovation und Dyna-mik, fallen in Ländern mit starkem Geburtenrückgang (Deutschland und Italien) dramatisch ab. Bis 2020 wird ihr Volumen unter das von 1960 gefallen sein. Großbritannien und Frankreich haben ein höheres Geburtenniveau, daher fallen bei ihnen die mittleren Jahrgänge später und lang-samer ab: Sie erreichen bis 2020 wieder ihre Zahl von 1980.

Tabelle 2:
Entwicklung der Altersstruktur in der EG 12 (in % der Gesamtbevölkerung)

Jahr	Männer + Frauen Altersgruppen						Insges.
	0 – 14	15 – 24	25 – 49	50 – 64	65 – 74	75 +	
1990	18,4	15,0	35,2	17,0	7,9	6,5	100,0
1995	17,8	13,3	36,7	16,9	9,0	6,3	100,0
2000	17,3	12,3	36,7	17,7	9,1	6,9	100,0
2005	16,6	11,9	36,2	18,3	9,4	7,5	100,0
2010	15,8	11,8	35,3	19,7	9,5	7,8	100,0
2015	15,0	11,8	33,6	21,2	10,2	8,3	100,0
2020	14,5	11,3	32,1	22,6	11,0	8,4	100,0
2025	14,4	10,7	31,4	22,7	11,7	9,1	100,0
2030	14,3	10,4	31,1	21,5	13,1	9,8	100,0

Abbildung 2:
EG 12 1990–2030
Die Entwicklung der Altersstruktur
Männer und Frauen (Status-quo-Szenario)



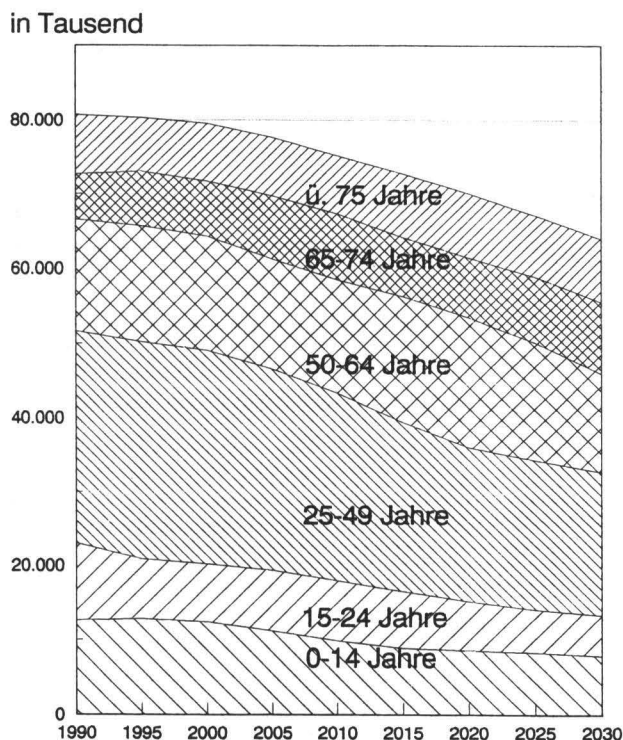
Quelle: EUROSTAT 1991; eigene Berechnung

Die Eintrittsjahrgänge ins Erwerbsleben unterliegen also einem Abnahmetrend, dem Europa in einer gemeinsamen Bevölkerungspolitik, spätestens nach dem Jahr 2000, entgegensteuern müßte. Es dauert gewöhnlich 20 Jahre, bis Maßnahmen auch Wirkung zeigen.

1988 machte die EG eine Arbeitskräfte-Erhebung. Sie ergab eine Erwerbsquote von 54,2 % aller aktiven Jahrgänge ab 14 Jahren. Die höchste Erwerbsbeteiligung von ca. 80 % haben wir in den Jahrgängen von 25 bis 45 Jahren (Männer über 95 %, Frauen um 65 %). Schreibt man die Erwerbsbeteiligung auf der Basis der Quoten von 1990 fort, so ergibt sich EG-weit ein Rückgang der Erwerbstätigen bis 2030 von derzeit über 150 Mio. auf unter 130 Mio. Das Erwerbspotential zwischen 14 und 49 Jahren schrumpft am deutlichsten (5).

Die Ergebnisse der Projektion entsprechen denen, die vom IWD-Köln für die deutschen Erwerbspersonen vorgelegt wurden. Ausschlaggebend hierfür sind die starken Geburtenrückgänge in Deutschland und Italien, während die mit Nachwuchs besser gestellten EG-Bevölkerungen Frankreichs und Großbritanniens dies erst mit einer gewissen Zeitverschiebung von ca. zwei Jahrzehnten spüren werden. Frankreich sorgt sich jetzt schon in derselben Weise wie Deutschland um die Zukunft seiner Arbeitskraft. Eine Studie des Französischen Statistischen Amtes INSEE von

Abbildung 3:
Deutschland 1990–2030
Die Entwicklung der Altersstruktur
Männer und Frauen (Status-quo-Szenario)



Quelle: EUROSTAT 1991; eigene Berechnung

1991 äußert sich für Frankreich gleichlautend wie das IWD für Deutschland (6).

4. Ausländeranteile in den EG-Staaten

Das Statistische Amt der EG in Luxemburg veröffentlichte 1991 folgende Übersicht: Im Jahre 1989 zählte die EG 13,4 Mio. Ausländer, von denen 5,1 Mio. aber EG-Bürger in einem anderen EG-Staat waren. Aus europäischen Nicht-EG-Staaten (ehemaliges Jugoslawien, Türkei, EFTA-Staaten) stammten 3,7 Mio. Aus afrikanischen Staaten 2,3 Mio.; ihr Großteil kommt aus dem Maghreb und hält sich vorwiegend in Frankreich auf; und schließlich 2,2 Mio. aus übrigen Staaten der Erde wie USA, Kanada, Indien, Japan usw. Den 5,1 Mio. EG-Bürgern stehen also 8,3 Mio. Nicht-EG-Bürger gegenüber (7).

Hier ist zu bemerken, daß die Ausländerzahlen je nach Staatsbürgerschaftsrecht erfaßt werden. Staaten mit Territorialrecht wie Frankreich zählen neben Einwohnern mit ausländischem Paß noch Franzosen, die "im Ausland geboren" oder "von ausländischen Eltern geboren" worden sind. Dies ergäbe erst den Ausländeranteil, wie ihn ein Staat mit Abstammungsrecht und relativ langer Einbürgerungsprozedur, wie z.B. in Deutschland, errechnen würde. Ebenso ist ein Vergleich mit traditionellen Einwanderungs-

ländern irreführend, weil der Erwerb der Staatsbürgerschaft von Einwanderern automatisch angestrebt wird. Bei Zuwanderern nach Deutschland ist dies nur eingeschränkt der Fall.

Offizielle Anteile ausländischer Bevölkerung in:

- USA 6,2 % (= 14 Mio.) (1988)
- Kanada 16,1 % (1988)
- Neuseeland 14,8 % (1988)
- Australien 20,6 % (1988)
- U.K. 8,7 % (1988)
- Frankreich 6,3 % (1990)
- Luxemburg 26,0 % (1990)
- Schweiz 16,7 % (1988)

In Deutschland leben 5,3 Mio. Ausländer, davon 1 Mio. aus der EG; 1,8 Mio. stehen in offiziellen Arbeitsverhältnissen.

Die deutsche Zuwanderungssituation ist durch die offizielle Bestimmung, "nicht Einwanderungsland" zu sein, und durch unterschiedliche Personen-Kategorien von Zuwanderern bestimmt. Neben den EG-Ausländern ist jährlich zu rechnen mit

- Aussiedlern nach § 116 GG
- klassischen Gastarbeitern und Familienzusammenführung nach novelliertem Ausländerrecht 1990
- geduldeten Ausländern nach Genfer Flüchtlingskonvention (überführt vom Status des abgelehnten Asylbewerbers)
- anerkannten Asylbewerbern
- Asylbewerbern mit laufendem Anerkennungsverfahren.

Die letzten drei Kategorien müßten derzeit über eine Million Menschen ausmachen.

II. Wanderungspotentiale vor den Toren Westeuropas

1. Zur allgemeinen Bestimmung von Wanderungspotentialen

Wanderungspotentiale gehen hervor aus einer Abschätzung von Personen mit Abwanderungsmotiven; diese Zahlen liegen immer höher, als tatsächlich aus diesen Regionen abwandert, weil Wanderungspotentiale nur grobe Informationen über die Stärke des Abwanderungswunsches und über den Zeitpunkt der Wanderungsbewegung beinhalten. Zur Berechnung von Wanderungspotentialen gehören die Sammlung und Aufbereitung von Motiven: allen voran wirtschaftliche Motive, die sich im Lebensstandardgefälle zwischen Regionen ausdrücken; sodann alle Formen von ethnischer Bedrängnis und die Hoffnung bzw. Erwartung, anderswo dem entfliehen zu können. Das individuelle Motiv, es anderswo zu versuchen, schließt sich an. Eine bedeutende Grundlage der Wanderungsmotive sind die Informationen über Ausreisemöglichkeit aus dem eigenen Land und Einreisemöglichkeit in das Zielland. Dazu gehören Nachrichten über den zu erwartenden Lebensstil nach

der Ankunft, die Einfüguungsformen in die Kultur des Ziellandes und die Berufs- und Lebensperspektiven der Kinder.

In der dritten Welt entstehen Wanderungspotentiale aus starkem Bevölkerungswachstum. Jährliche Wachstumsraten um 2 % sind üblich, und das bedeutet eine Tendenz zur Bevölkerungsverdoppelung in nur 35 Jahren (in Afrika noch wesentlich rascher, etwa um die 20 Jahre). Das bedeutet bei anhaltendem Ressourcenmangel und Entwicklungsdefiziten in diesem Raum einen Bevölkerungsdruck auf die nördlichen Wohlstandszonen. In der dritten Welt kommt uns immer öfter der sogenannte "Öko-Flüchtling" unter: jemand, der ausgelaugte, unfruchtbar gewordene Böden verlassen muß.

Gruppen- und Einzelwanderung ist zu bedenken: Oft ist eine geglückte Einzelwanderung der Vorbote für anschließende Gruppenwanderung. Die Besiedlung der Neuen Welt und auch der Ausländeranteil in der Bundesrepublik dürfte sich über Sogwellen aufgebaut haben, denen "Junggesellenwanderung" vorausging. So entstehen Brückenköpfe: In der Zielregion befindet sich bereits ein Teil einer Gruppe oder Ethnie, der die Einwanderung weiterer Angehöriger und auch den Informationsfluß über die Chancen im Zielland erleichtert.

2. Wanderungspotentiale in Ost und Süd

Die Wanderungspotentiale ergeben sich aus dem Wohlstandsgefälle, das sich von West nach Ost und von Nord nach Süd auftut. Es dürfte sich in einer Generation auch gar nicht ausgleichen lassen, und das heißt, daß der Zuwanderung nach oben keine Grenze gesetzt wäre. Die in Nationalstaaten zerfallende Sowjetunion mit 300 Mio. Menschen, deren Spaltprodukte noch ansehnlich groß sind, dann die ehemaligen Ostblockstaaten mit 100 Mio. Menschen und die 24 Mio. im Völkerrkrieg befindlichen Jugoslawen werden Abwanderer stellen.

Zum Wanderungspotential zählen aber auch Bevölkerungen auf der südlichen Halbkugel. Sie beherbergt zur Zeit 4,1 Mrd. Menschen, die jährlich um 85 Mio. wachsen. Das demographische Hauptgewicht liegt zwar in Süd- und Ostasien (Indischer Subkontinent und China zählen zusammen 2 Mrd.); es drängt aber nicht so unmittelbar nach Europa wie der Nahe Osten und das arabische Nordafrika. Dort übrigens sind die raschest wachsenden Bevölkerungen der Welt. Die 300 Mio. Menschen in diesem Raum dürften sich in nur 25 Jahren verdoppeln und sollen heute schon ein Abwanderungspotential von 100 Mio. haben. Um Europa legt sich also ein Ring von Staaten in ökonomischer und klimatischer Misere und mit starkem Bevölkerungswachstum, in denen immer mehr Menschen nach neuen Lebensgrundlagen suchen. Man muß wissen, daß sie sich längst auf den Marsch gemacht haben, wenngleich noch nicht mit ganzer Intensität. Für Nordafrikaner wird Südfrankreich das Eingangstor bleiben, für die Levante Italien, und für Türken Deutschland. Italien schätzt seine illegalen Nordafrikaner auf 600 000; in den übrigen südlichen EG-Ländern am Mittelmeer dürften es an die 2 Mio. sein (8).

III. Bevölkerungsprobleme im hochindustriellen Westeuropa

1. Das deutsche Bevölkerungsdilemma

Man kann für Deutschland ein Bevölkerungsdilemma konstatieren. Für Entwicklungsländer konstatiert man auch eines – aber gänzlich anderer Art. Vergleichend stellt man fest, daß ein Bevölkerungsdilemma an die 20 Jahre braucht, um als solches sichtbar zu werden. Die Einwanderungsfrage ist so eng damit verwoben, daß ohne Betrachtung dieses Zusammenhangs nur eine oberflächliche Interpretation der Wanderungstatistik übrigbliebe.

Das deutsche Bevölkerungsdilemma ist folgendermaßen zu umreißen:

1. Geborenendefizit (NRZ = 0,65) dauert unvermindert an – trotz steigender Geborenenzahl seit Mitte der 80er Jahre.
2. Alterung, anteilmäßig wegen obigem 1. Punkt und absolut wegen steigender Lebenserwartung.
3. Ab 2010 schrumpft unweigerlich das Erwerbspotential. Um dieses zu verhindern, d.h. zu einer ausgeglicheneren Bevölkerungspyramide zurückzukehren, würde eine Einwanderung benötigt, die das Fassungsvermögen unserer Köpfe und auch unseres Landes übersteigt: 250 000 als Jugendimport oder 400 000–600 000 an Familieneinwanderung. Legt man strenge Maßstäbe an die Einwanderung an und prüft sie auf Integrationsfähigkeit und demographische Kompensation, dann wären Menschen aus Nachbarvölkern, jung, gebildet, mit mehr als zwei Kindern, ideal, und die sind nicht in dem Ausmaß vorhanden. Würden Einwanderer aus Entwicklungsländern geholt, dann ist die kulturelle Integration schwierig, gar ab einem bestimmten Ausmaß unmöglich und würde die Lebensform des Ziellandes unweigerlich verändern.

Wenn die deutsche Bevölkerung ein drastisches Schrumpfen verhindern will, benötigt sie vorerst 200 000 Einwanderer jährlich, am besten – wie gesagt – junge Paare mit Kindern. Diese Einwandererzahl wird sich bis 2030 langsam auf 500 000 jährlich erhöhen müssen, um die seit den 70er Jahren schmäler werdende Mütterbasis zu kompensieren.

Der schon erwähnten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln verdanken wir Zahlen über den Verlauf der Erwerbspersonen: danach stehen alle Indikatoren auf Abnahme nach dem Jahr 2000 (9). Sie läßt sich um zehn Jahre verschieben, wenn die Aufnahme von Aussiedlern während der 90er Jahre anhält und die noch lange nicht ausgeschöpfte weibliche Erwerbsbeteiligung ansteigt. Gegen Ende der 90er Jahre werden auf dem vereinten deutschen Arbeitsmarkt 41 Mio. Menschen stehen, 600 000 mehr als zu Beginn des Jahrzehnts. Die Talfahrt beginnt also nach 2000: Bis 2010 wird das Erwerbspotential auf ca. 35 bis 38 Mio. sinken. Die Jugendjahrgänge werden sich nur noch bis 2000 stabil halten. Der Facharbeiternachwuchs und die Hochschulabsolventen des kommenden Jahrzehnts gehören sämtlich den geburtenschwachen Jahrgängen der

70er und 80er Jahre an und gehen schon bis 2000 von 6,4 Mio. im Jahr 1990 auf 4,2 Mio. zurück.

So wenig man noch glaubt, daß ein deutscher Bevölkerungsschwund dauerhaft mit organisatorischen Tricks kompensiert werden könne, so wenig glaubt man auch, daß eine Geburtenförderung so erfolgreich sein könne, daß sie von dieser Sorge befreit. Dazu bräuchte sie einen Vorlauf von mindestens zwanzig Jahren.

Gleichzeitig glaubt aber auch niemand, daß wir "aussterben". Es ist offensichtlich, daß die Zuwanderung oder Einwanderung eine große Rolle im deutschen Bevölkerungsdilemma spielen wird. Die Geister scheiden sich erst an der Frage, ob man ihr auch die Rolle des einzigen Problemlösers zuweisen kann. Rufen wir uns die Vorausschätzungen ins Gedächtnis: Für die alte Bundesrepublik lagen die Ergebnisse für 2030 noch bei ca. 48 Mio. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, kommt in seiner ersten gesamtdeutschen Prognose bis im Jahr 2040 auf 62,3 Mio. Der Menschengewinn der Vereinigung von 17,3 Mio. wird dann bis auf 1,2 Mio. aufgezehrt sein (10).

2. Strategien gegen Alterung und Dequalifizierung des Humankapitals

An der Frage der Rekrutierung von Humankapital zeigt sich, daß demographische und ökonomische Probleme eng miteinander verzahnt sind:

Demographische Trends dürfen die Fähigkeit des Westens, seinen Verpflichtungen nachzukommen und seine Chancen wahrzunehmen, nicht beeinträchtigen. Alterung und Geborenendefizite bedeuten steigende soziale Kosten auf den Schultern einer kleiner- und älterwerdenden Erwerbsbevölkerung. Unter diesen Umständen ist für schwindende Jugendjahrgänge ein umfassendes "human resource management" angebracht, weil für eine gewisse Zeit quantitative Verluste an Jugend durch Qualifizierung ausgeglichen werden müssen.

Europa hat mit zwei bedeutenden Konferenzen 1991 in Luxemburg zu Familie, Gesellschaft und Nachwuchs ("Child, Family and Society") und zu Humanressourcen ("Human Resources in Europe at the Dawn of the 21st Century") die Bedeutung und letztlich auch den Zusammenhang von Demographie und Humankapital erkannt. Wirtschaftsführer haben betont, daß die Idee einer menschenleeren Fabrik, die ein erneuertes Arbeitskräftepotential gar nicht mehr so bräuchte, Utopie geblieben ist. Es bestätigt sich immer mehr, daß innovative Gesellschaften auf Erneuerung und auf ein Mindestmaß an Verjüngung ihres Arbeitskräftepotentials nicht verzichten können. Hierfür gibt es mehrere Möglichkeiten, die sich jedoch ab einem bestimmten Punkt erschöpfen. Ein schrumpfendes und alterndes Erwerbspotential hätte folgende Kompensationsmöglichkeiten:

1. Durch Investitionen in den technologischen Fortschritt ist die Produktivität anzuheben und bis zu einem gewissen Grade menschenparend einzusetzen. Dies jedoch findet

seine Grenze dann, wenn hochspezialisierte Arbeitskraft gerade hierfür nicht ausreichend vorhanden ist.

2. Programme für lebenslanges Lernen wollen der Alterung des Erwerbspotentials vorbeugen. Es findet jedoch seine Grenzen an der persönlichen Bereitschaft und physischen Fähigkeit der Arbeitskräfte über 45 Jahren, den technologischen Fortschritt mitzumachen. In gewisser Weise werden sie das tun müssen, da der technologische Fortschritt inzwischen eine Schnelligkeit erreicht hat, die es nicht mehr gestattet, ihn gemächlich über die Generationsablässe einzuführen.

3. Viele blicken auch noch auf die Frauenreserve, die noch keineswegs ausgeschöpft sein soll (11). Viele meinen, daß dies an der mangelnden Bereitschaft liegt (in den deutschen Ländern und übrigens auch in Italien), Kinderbetreuung gesellschaftsweit zu organisieren (12). Wenn eine Politik der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Arbeitstätigkeit nicht glaubhaft betrieben wird, bedeutet steigende Frauenerwerbstätigkeit weiter sinkende Geburtenzahlen; und damit wäre Öl ins Feuer gegossen (13).

4. Bleibt als viertes Mittel, um ein schrumpfendes Erwerbspotential zu erneuern, die Einwanderung. Für viele scheint dies eine unproblematische Lösung, weil man besonders in der Bundesrepublik mit der ersten Generation der Gastarbeiter, ihrem Fleiß und Integrationswillen beste Erfahrungen machte. Angesichts der neuen Arbeitsplatzanforderungen, der neuen Weltlage mit ihren Wanderungspotentialen und all dessen, was sich bei massiver Einwanderung in Staat und Gesellschaft ändern würde, dürfte sich diese günstige Entwicklung nicht wiederholen lassen.

IV. Aspekte der deutschen Einwanderungsfrage

Die europäische Immigrationsfrage läßt sich unter zwei Gesichtspunkten diskutieren:

1. Unter dem Gesichtspunkt einer Prüfung, ob Menschen im erwerbsfähigen Alter von außerhalb des EG-Wirtschaftsraumes angeworben werden sollen oder müssen, sei es
 - zum Zwecke der Ergänzung von Arbeitsmarktlücken, die sich angesichts des schrumpfenden Erwerbspotentials auftun werden, oder
 - zum Zwecke der Verjüngung der Altersstruktur, um ein auf Generationsverträgen basierendes soziales Sicherungssystem auch generationengerecht und -verträglich funktionieren zu lassen.
2. Unter dem Gesichtspunkt des Einwanderungsdrucks seitens des Ostens und der Entwicklungsländer, unter dem Gesichtspunkt von "Wanderungspotentialen", die Einlaß begehren, oder – realistisch betrachtet – sich einer schon bestehenden Wanderungsdrift anschließen.

Im ersten Gesichtspunkt, d.h. bei Einwanderung je nach Maßgabe der eigenen Demographie und der Lage am Arbeitsmarkt läge das Gesetz des Handelns bei nationalen oder europäischen Behörden, die nach innereuropäischen Erfordernissen die Schleuse öffnen oder schließen.

Im zweiten Gesichtspunkt wäre Europa Magnet mit nicht nachlassender Anziehungskraft – unabhängig von seinen inneren ökonomischen und demographischen Konjunkturen. Hier liegt der Problemherd in den Wanderungsmotiven derjenigen, die einen sozialen Graben überspringen wollen, der sich zwischen dem europäischen Wirtschaftsraum und den Abwanderungsregionen auftut.

Die De-facto-Durchlässigkeit der deutschen Außengrenzen muß durch Änderung des Artikel 16 GG korrigiert werden, denn sie führt zu Spannungen und Ängsten, denen kulturanthropologische Berechtigung nicht abgesprochen werden kann. Sie verhindert dadurch eine mittel- und langfristige Strategie, die aus dem deutschen und europäischen Bevölkerungsdilemma führt, denn dafür ist die breite Zustimmung und Mitwirkung des Volkes vonnöten, von dem bekanntlich die Macht in einer Demokratie auszugehen hat. Die drei Säulen, auf denen eine problembewältigende Strategie ruhen muß, sind

- eine Immigration, die sich nach Arbeitsmarkterfordernissen richtet und bei den Aspiranten einen Integrationswillen voraussetzt. Das großzügige Ausländerrecht und die Familienzusammenführung verbürgen bereits eine Vorleistung in dieser Richtung;
- eine in ihren Bemühungen um soziale Gerechtigkeit für die junge Familie nicht nachlassende Familienpolitik. Die Kinderzahl deutscher Familien könnte sich ruhig ins Mittelfeld des europäischen Durchschnitts begeben und muß nicht am untersten Rand krebzen;
- eine Entwicklungspolitik, die darauf abzielt, die mobilen Bevölkerungsschichten in jenen Problemregionen zu halten, wo sie zum Aufbau des Landes und seiner Wirtschaft dringender gebraucht werden. Es darf sich nicht um "globale Abwehr" mit Hilfe einer Entwicklungspolitik handeln, um damit um die Grundgesetzänderung herumzukommen: Mit der ökonomischen Entwicklung des Ostens und der dritten Welt würden die Zuwandererströme schon versiegen. So sehr man an diesem Gedanken festhalten muß, so wenig löst er die Probleme der Entwicklung und Einwanderung in den nächsten Jahrzehnten. Hier werden unterschiedliche Zeitdimensionen ineinandergeschoben: In 20 Jahren kann ein Einwanderungsland sein Gesicht verändern, während die Entwicklung der dritten Welt aber das gesamte 21. Jahrhundert ausfüllen wird.

Schlußbemerkung

Um in der Frage der Einwanderung zu einer konzertierten und abgestimmten Politik zu kommen, hat Westeuropa einen langen und mühevollen Weg vor sich. Es ist jetzt schon arg im Verzug, weil das Problem vor der Tür steht, während im Verhandlungsraum noch nicht einmal alle Platz genommen haben. Hier kann die Gemeinschaft nur die Rahmenrichtlinien festlegen, die die Einwanderung auf Arbeitsmarktlücken und kulturelle Integration hin begrenzt.

Anmerkungen

- (1)
Coleman, D.A.: Demographic Projections: Is there a need for immigration? = Arbeitspapier zur Konferenz "The Europe and International Migration" am 26. November 1991 in Turin
- (2)
Vgl. United Nations (Hrsg.): World Population Prospects 1990. = Population Studies 20, New York 1991; weitere zu den UN-Projektionen alternative Szenarien finden sich in Lutz, W.; Prinz, Chr.; Wils, A.B.; Büttner, Th.; Heilig, G.: Alternative Demographic Scenarios for Europe and North America. In: Lutz, W. (Hrsg.): Future Demographic Trends in Europe and North America. London 1991, S. 523–560
- (3)
Vgl. EUROSTAT (Hrsg.): Bevölkerungsstatistik 1991. Bevölkerungsstatistische Indikatoren der Gemeinschaft. – Luxemburg 1991
- (4)
Vgl. Coleman, D.A.: Demographic Projections . . . , a.a.O. (s. Anm. (1)); Eurostat (Hrsg.): Bevölkerungsstatistik 1991, a.a.O. (s. Anm. (3)); United Nations (Hrsg.): World Population Prospects 1990, a.a.O. (s. Anm. (2)). Zur Alterung der aktiven Jahrgänge in der EG 12 siehe auch Jouvenel, Hugues de: Le vieillissement démographique en Europe. In: Futuribles (1989) 2–3, S. 53–113
- (5)
Vgl. EUROSTAT (Hrsg.): Demographic and Labour Force Analysis based on Eurostat Data Banks, 1988
- (6)
Hof, Bernd: Gesamtdeutsche Perspektiven zur Entwicklung von Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot 1990 bis 2010. – Köln: Institut der deutschen Wirtschaft 1990
- (7)
EUROSTAT (Hrsg.): Foreign Residents in the EC. (1991) H–1
- (8)
Der 1990 hochbetagt versorbene französische Gelehrte Alfred Sauvy, Mitglied der Regierung Reynaud 1938/39, von de Gaulle 1945 mit dem Generalsekretariat "Familie und Bevölkerung" betraut, Lehrer am Collège de France und den französischen Eliteakademien, legte 1982 ein Werk mit dem Titel "Mondes en marche" vor (Paris 1982); offensichtlich benutzte es der aufsehen-erregende Fernsehfilm "Der Marsch" (ARD, Mai 1989) als Vorlage. Sauvy hat auch als erster den Begriff "dritte Welt" geprägt. Sein letztes Werk befaßte sich wieder mit der Gefahr der Besitznahme Europas durch einwandernde, rasch wachsende Völker Afrikas und Asiens: Sauvy, A.: L'Europe submergée – Sud-Nord dans 30 ans. – Paris 1987
- (9)
Hof, Bernd: Gesamtdeutsche Perspektiven . . . , a.a.O. (s. Anm. (6))
- (10)
Vgl. Schulz, Erika: Bevölkerungsentwicklung in der BRD und in der DDR: Ausnahme oder Regel? In: Mackensen, R.; Schwartz, W.; Wingen, M.: Bevölkerungsbewegungen in der Europäischen Gemeinschaft. – Stuttgart 1991, S. 107–139
- (11)
Immigrationsszenarien siehe: Lutz, W.; Prinz, Chr.: What Difference Do Alternative Immigration and Integration Levels Make to Western Europe. = IIASA Working Paper WP 92–29, Laxenburg 1992
- (12)
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Strukturelle Unterschiede in der Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme in Industrieländern im Hinblick auf ihre Bedeutung für ihre Familien. – Wiesbaden 1991; Schulz, R.: Strategien für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 1988, S. 251–274; Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) (Hrsg.): Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. – Bonn 1989
- (13)
Vgl. Council of Europe (Hrsg.): Cohort Fertility in Member States of the Council of Europe. – Strasbourg 1990

Prof. Dr. Josef Schmid
Universität Bamberg
Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft
Postfach 15 49
96045 Bamberg